

Tarifpolitischer Halbjahresbericht: Eine Zwischenbilanz der Lohn- und Gehaltsrunde 2010

Reinhard Bispinck/WSI-Tarifarchiv

Im Jahr zwei nach Ausbruch der Weltwirtschaftskrise machen sich die Schleif- und Bremsspuren der ökonomischen Entwicklung unübersehbar auch in der Tarifpolitik bemerkbar. In den Industriebranchen konzentrierten sich die Tarifparteien in der Tarifrunde 2010 vielfach auf Maßnahmen der Beschäftigungssicherung. Die Tarifsteigerungen der diesjährigen Abschlüsse sind unter dem Druck der anhaltenden Krise noch einmal kräftig zurückgegangen. In einer ganzen Reihe von Branchen wurden für dieses Jahr überwiegend Pauschalzahlungen vereinbart, die nicht zu dauerhaft tabellenwirksamen Tarifierhebungen führen. Auf diese Weise konnte einerseits aktuell der (relativ geringe) Anstieg der Verbraucherpreise ausgeglichen werden, andererseits profitieren die Arbeitgeber langfristig von dem vorübergehend „eingefrorenen“ Tarifsockel.

1 Einleitung

Die Tarifentwicklung reagierte mit der aus früheren Konjunkturzyklen bekannten zeitlichen Verzögerung auf die wirtschaftliche Entwicklung. Nach dem scharfen Einbruch 2008/2009 hatte sich die Konjunktur im Sommerhalbjahr 2009 wieder belebt und zu Jahresbeginn war ihre Grundtendenz „aufwärts gerichtet“ (Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2010; IMK 2009). Das Bruttoinlandsprodukt nahm im 1. Quartal 2010 gegenüber dem Vorjahresquartal real um 1,7 % zu. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen ging saisonbereinigt bereits im 2. Halbjahr 2009 zurück¹ und auch in den ersten Monaten des Jahres 2010 setzte sich dieser Trend fort. Insgesamt blieb jedoch das Niveau der wirtschaftlichen Entwicklung noch weit unter dem Vorkrisenniveau. Die Tarifpolitik der Gewerkschaften konzentrierte sich vor allem in den Industriebereichen vorrangig auf Beschäftigungssicherung in der Sorge, dass die „Brücke“ der Kurzarbeit nicht bis ans rettende Ufer einer stabilen Beschäftigungsentwicklung reichen könnte.

Anders als noch im Jahr 2009 fielen die Lohn- und Gehaltsforderungen der Gewerkschaften in der diesjährigen Tarifrunde relativ zurückhaltend aus. In einer Reihe von Branchen verzichteten sie auf eine quantifizierte Forderung. Stattdessen verlangten sie eine „angemessene Entgelterhöhung“ (chemische Industrie, Bankgewerbe) oder

eine „angemessene reale Erhöhung mit sozialer Komponente“ (Deutsche Bahn AG). Auch in der Metallindustrie gab es erstmals keine bezifferte Forderung. Die IG Metall beschränkte sich nach vorgezogenen Gesprächen der Tarifparteien über Möglichkeiten der Beschäftigungssicherung in den eigentlichen Tarifverhandlungen auf die Forderung nach einer „Realeinkommenssicherung“ (vgl. Abschnitt 3.1).

In anderen Bereichen beharrten die Gewerkschaften auf traditionellen Tarifforderungen: Für den Bereich des öffentlichen Dienstes (Bund, Gemeinden) forderte die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) eine Tarifierhebung von 5,0 %, womit auch eine Reihe von Strukturforderungen abgedeckt werden sollte (vgl. Abschnitt 3.2). Die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) hatte für ihre Branchen einen Forderungsrahmen von 4 %–5 % abgesteckt. In der Papierverarbeitenden Industrie verlangte ver.di 4,5 %. In der Energiewirtschaft forderten ver.di und IG BCE 5,5 %, für den Bereich der Landwirtschaft strebte die IG BAU ein Plus von 5,3 % an. In Niedriglohnbranchen wie z. B. dem Erwerbsgartenbau reichten die Forderungen bis zu 6,0 % (Übersicht 1).

Nach dem Kündigungsterminkalender liefen die Tarifverträge im öffentlichen Dienst (Bund, Gemeinden) Ende Dezember 2009 als Erste aus. Ende März, April und Mai 2010 folgten die regionalen Bereiche der chemischen Industrie (vgl. Abschnitt 3.3). Und gleichfalls Ende April liefen die Tarifverträge der Metall- und Elektroindustrie und des Bankgewerbes

aus. Hinzu kamen die Papier verarbeitende Industrie, die Recycling- und Entsorgungswirtschaft und große Teile des Kfz-Gewerbes.

Anders als zunächst erwartet, konzentrierte sich die Aufmerksamkeit zu Beginn der Tarifrunde nicht ausschließlich auf den öffentlichen Dienst. In der Metallindustrie setzte der Tarifabschluss vom 18.2. in Nordrhein-Westfalen weit vor Ablauf der Entgelttarifverträge Ende April die Orientierungsmarke für die diesjährige Tarifrunde: Für Mai 2010 bis März 2011 wurde eine Pauschalzahlung von 320 € vereinbart, zum 1.4.2011 ist eine Tarifierhebung von 2,7 % vorgesehen bei einer Laufzeit bis Ende März 2012 (hierzu und im Folgenden: Übersicht 2). Außerdem wurde ein Tarifvertrag „Zukunft in Arbeit“ abgeschlossen, der im Kern eine Ausweitung der Möglichkeiten zur tariflichen Kurzarbeit beinhaltet.

Am 27.2.2010 vereinbarte ver.di mit den öffentlichen Arbeitgebern von Bund und Gemeinden einen über 26 Monate

¹ Das war allerdings teilweise auf statistische „Bereinigungen“ zurückzuführen (BA 2010).

Reinhard Bispinck, Dr., Wissenschaftler im WSI und Leiter des WSI-Tarifarchivs in der Hans-Böckler-Stiftung.
e-mail: Reinhard-Bispinck@boeckler.de
Götz Bauer, Monika Müller, Ulrich Schmidt, Monika Schwacke-Pilger, Andrea Taube und Monika Wiebel sind Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter im WSI-Tarifarchiv.

laufenden Abschluss, der eine dreistufige Tarifierhebung vorsieht: 1,2 % ab 1.1.2010, 0,6 % ab 1.1.2011 und 0,5 % weitere Stufenerhöhung ab 1.8.2011. Zusätzlich gibt es im Januar 2011 eine Einmalzahlung von 240 €. Außerdem wurden eine Erhöhung des Leistungsentgelts von 1 % auf 2 %, die Möglichkeit zur weiteren Inanspruchnahme von Altersteilzeit sowie weitere Strukturkomponenten vereinbart.

Der Abschluss in der *chemischen Industrie* erfolgte am 21.4.2010. Er sieht Einmalzahlungen von insgesamt 550/611/715 € für Beschäftigte in normal-/teil-/vollkontinuierlicher Schicht vor. Für Beschäftigte in Betrieben, die nicht wesentlich von der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 betroffen waren, ist eine zusätzliche Einmalzahlung von bis zu 260 € vorgesehen. Außerdem wurden Regelungen zur Übernahme von Auszubildenden und zur Beschäftigungssicherung getroffen.

Für die Beschäftigten im *Kfz-Handwerk* in Bayern und Thüringen (28. April) sowie in Hamburg, Niedersachsen und Baden-Württemberg (10. Mai) haben IG Metall und Arbeitgeber u. a. eine mehrstufige Tabellenerhöhung zwischen 4,1 % und 4,4 % vereinbart. Die Tarifverträge haben eine Laufzeit bis Ende April 2012. Die Tarifparteien in Niedersachsen haben zusätzlich beschäftigungssichernde Maßnahmen vorgesehen (u. a. Möglichkeiten zur Kurzarbeit im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen, Senkung von Remanenzkosten der Kurzarbeit).

In der *Papier verarbeitenden Industrie* beschlossen die Tarifparteien am 2.5.2010 Folgendes: Tarifierhebung nach sechs Nullmonaten (Mai bis Oktober) ab 1.11.2010 um 1,3 %, Stufenanhebung ab 1.5.2011 um 1,5 % sowie um 1,3 % ab 1.3.2012 bei einer Laufzeit bis 31.8.2012. Der Manteltarifvertrag für die gewerblichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wurde bis 31.8.2012 verlängert.

Im *Bankgewerbe* einigten sich ver.di und der Arbeitgeberverband am 10.6.2010 auf einen Abschluss, der für die Monate Mai bis Dezember eine Pauschalzahlung von 300 € und anschließend eine Tarifierhebung von 1,6 % bei einer Laufzeit bis 28.2.2012 vorsieht.

Auch in der *Leih-/Zeitarbeitsbranche* konnten die Gewerkschaften Tarifabschlüsse durchsetzen: Am 9.3.2010 einigten sich die DGB-Tarifgemeinschaft Zeitarbeit und der Bundesverband Zeitarbeit (BZA) auf einen Abschluss, der ab 1.7.2010

Übersicht 1: Lohn- und Gehaltsforderungen in der Tarifrunde 2010 in ausgewählten Tarifbereichen

Tarifbereich	Gewerkschaft	Forderung
Bankgewerbe	ver.di	angemessene Entgelterhöhung
Chemische Industrie	IG BCE	angemessene Entgelterhöhung
Deutsche Bahn AG	Transnet	angemessene reale Erhöhung mit sozialer Komponente
Energiewirtschaft	IG BCE/ver.di	5,5 %
Erwerbsgartenbau Baden-Württemberg	IG BAU	6,0 %; 8,50 € als tarifliche Lohnuntergrenze
Kfz-Gewerbe Hamburg, Niedersachsen, Baden-Württemberg, Thüringen	IG Metall	tabellenwirksame Erhöhung 4,5 %
Landwirtschaft	IG BAU	5,3 %
Metallindustrie	IG Metall	Realeinkommenssicherung
Mineralölverarbeitung Shell	IG BCE	4,2 %
Nahrung-Genuss-Gaststätten	NGG	4–5 %
Öffentlicher Dienst Bund und Gemeinden	ver.di	5,0 %
Papierverarbeitung	ver.di	4,5 %

Quelle: WSI-Tarifarchiv.

WSI MITTEILUNGEN

Übersicht 2: Ausgewählte Lohn- und Gehaltsabschlüsse West und Ost für 2010

Abschluss	Tarifbereich	Ergebnis
18.02.2010	Metallindustrie Nordrhein-Westfalen (Pilotabschluss)	320 € Pauschale insg. für Mai 2010–März 2011 2,7 % ab 01.04.11, Laufzeit bis 31.03.12
27.02.2010	Öffentlicher Dienst Bund, Gemeinden	1,2 % ab 01.01.10 0,6 % Stufenerhöhung ab 01.01.11 0,5 % Stufenerhöhung ab 01.08.11 240 € Einmalzahlung im Januar 2011, Laufzeit bis 29.02.12
05.03.2010	Kautschukindustrie	nach 13 Nullmonaten (Dez. 2009–Dez. 2010) 2,1 % ab 01.01.11 200 € Pauschale im April 2010 170/190 € Pauschale für Beschäftigte ohne/im 3-Schichtbetrieb, Laufzeit bis 30.09.11
21.04.2010	Chemische Industrie	550 € Pauschale insg. für 11 Monate, Laufzeit regional unterschiedlich bis 03/04/05/2011
10.05.2010	Kfz-Gewerbe Baden-Württemberg	0,6 % ab 01.06.10 nach einem Nullmonat (Mai) 1,0 % Stufenerhöhung ab 01.12.10 1,9 % Stufenerhöhung ab 01.07.11 0,6 % Stufenerhöhung ab 01.01.12, Laufzeit bis 30.04.12
10.05.2010	Deutsche Seehafenbetriebe	nach 2 Nullmonaten (Juni und Juli) 1,0 % ab 01.08.10 550 € zusätzliche Einmalzahlung im Januar 2011, Laufzeit bis 31.05.11
20.05.2010	Papier verarbeitende Industrie	nach 6 Nullmonaten (Mai–Oktober) 1,3 % ab 01.11.10 1,5 % Stufenerhöhung ab 01.05.11 1,3 % Stufenerhöhung ab 01.03.12 Laufzeit bis 31.08.12
31.05.2010	Hotels und Gaststättengewerbe Nordrhein-Westfalen	nach 2 Nullmonaten (Juni und Juli) 2,0 % ab 01.08.10 1,8 % Stufenerhöhung ab 01.07.11, Laufzeit bis 30.04.12
10.06.2010	Bankgewerbe	300 € Pauschale insg. für Mai–Dezember 1,6 % ab 01.01.11, Laufzeit bis 29.02.12
28.06.2010	Energiewirtschaft NRW (GWE-Bereich)	2,6 % ab 01.07.10, Laufzeit bis 30.06.11

Quelle: WSI-Tarifarchiv, Stand: Juni 2010.

WSI MITTEILUNGEN

Übersicht 3: Vereinbarungen über Abweichungen bei Pauschal- und Einmalzahlungen und Tarifierhebungen

Tariffbereich	Leistung	Abweichende Regelung
Chemische Industrie	550/611/715 € Einmalzahlung zahlbar bis 30.06.10	Verschieben/kürzen auf bis zu 300/333/390 € aus wirtschaftlichen Gründen durch eine einvernehmliche Vereinbarung möglich
Deutsche Seehafenbetriebe	550 € Einmalzahlung im Jan. 2011	Nutzung zur Beschäftigungssicherung durch Betriebsvereinbarung möglich
Holz u. Kunststoff verarbeitende Industrie Berlin, Brandenburg	1,5 % ab 01.06.10	Kürzung, Verschiebung oder Wegfall der Erhöhung bis max. 31.12.10 durch Betriebsvereinbarung möglich, Beschäftigungszusage als Voraussetzung
Kautschukindustrie	200 € Pauschale im April 2010	bei wirtschaftlichen Schwierigkeiten und Einigung mit Betriebsrat Kürzung, Verschiebung und Wegfall möglich
Metallindustrie	2,7 % ab 01.04.11	Verschiebung der Erhöhung um max. +/- 2 Mon. in Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Lage des Betriebes durch freiwillige Betriebsvereinbarung möglich

Regelungen aus 2009

Steine-Erden-Industrie Hessen	135 € zusätzliche Einmalzahlung im August 2010	bei tief greifenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten Wegfall möglich
Galvaniseure, Graveure und Metallbildner	1,8 % ab 01.06.10	Möglichkeit zur Verschiebung der Erhöhung aus wirtschaftlichen Gründen bis Januar 2011 mit Zustimmung der TV-Parteien

Quelle: WSI-Tarifarchiv 2010, Stand: 20.06.2010.

WSI MITTEILUNGEN

Tarifierhöhungen in vier Schritten vorsieht. Danach steigen die Mindestentgelte im Westen von 7,38 € bis zum 1.11.2012 auf 8,19 € pro Stunde, im Osten von 6,42 € im gleichen Zeitraum auf 7,50 €. Für die weiteren Entgeltgruppen wurden prozentuale Erhöhungen vereinbart. Gleichzeitig wurden die untersten Entgelte als jeweilige Mindestlöhne festgeschrieben. Ein vergleichbarer Abschluss erfolgte am 30.4.2010 mit dem Interessenverband Deutscher Zeitarbeitsunternehmen (iGZ). Die Verträge haben eine Laufzeit bis Ende Oktober 2013.

Außerhalb der DGB-Gewerkschaften ist der Abschluss des Marburger Bundes für die *Ärztinnen und Ärzte an kommunalen Krankenhäusern* vom 9.6.2010 zu nennen. Nach dreiwöchigen Streikaktionen setzte der Marburger Bund eine Pauschalzahlung von 400 € für Januar bis April 2010 und eine 2%ige Tarifierhebung ab Mai 2010 mit einer Laufzeit von 20 Monaten durch. Außerdem werden künftig Bereitschafts- und Notdienste besser bezahlt.

In einigen Tarifabschlüssen wurden auch in dieser Tarifrunde Regelungen vereinbart, die aus wirtschaftlichen Gründen Abweichungen von vereinbarten Vergütungselementen erlauben. Dies betrifft sowohl Pauschal- und Einmalzahlungen wie auch dauerhafte Tarifierhebungen und umfasst zeitliche Verschiebungen ebenso wie Kürzungen bzw. Wegfall einzelner Bestandteile. Zum Teil werden in diesem Jahr auch entsprechende Regelungen aus Vorjahresabschlüssen wirksam (*Übersicht 3*).

2 Ergebnisse im gesamtwirtschaftlichen Überblick

Im 1. Halbjahr des Jahres 2010 schlossen die Gewerkschaften des DGB Einkommens-tarifverträge für rund 7,1 Mio. Beschäftigte ab, darunter rund 1,0 Mio. in den neuen Bundesländern. Das entspricht etwa 37 % der von Tarifverträgen erfassten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Die *durchschnittliche Abschlussrate* einschließlich aller Stufenanhebungen, die während der Laufzeit der Verträge wirksam werden, beträgt 3,2 % (West: 3,0 %; Ost: 4,5 %). Berücksichtigt werden bei der Abschlussrate *nur die tabellenwirksamen Tarifierhebungen*, während Pauschal- und zusätzliche Einmalzahlungen außen vor bleiben.

Berücksichtigt man ausschließlich die *im Jahr 2010 in Kraft tretenden Tarifierhöhungen*, ergibt sich eine Abschlussrate von 2,4 % (West: 2,2 %; Ost: 3,0 %). Differenziert man diese Größe nach Wirtschaftsbereichen, dann zeigt sich in diesem Jahr folgende Streuung: Am unteren Ende liegt der Bereich Gebietskörperschaften, Sozialversicherung mit 1,2 % sowie das Verbrauchsgütergewerbe mit 1,4 %. Deutlich höher rangiert der Bereich Energie- und Wasserversorgung, Bergbau mit 2,8 % und das Baugewerbe mit 2,7 %. Zu berücksichtigen ist allerdings, dass sich hinter diesen Zahlen zum Teil nur kleinere Tarifbereiche mit geringen Beschäftigtenzahlen

verbergen. In der Metallindustrie und der chemischen Industrie steigen die tariflichen Grundvergütungen in diesem Jahr überhaupt nicht, weil für 2010 lediglich Pauschalzahlungen vereinbart wurden.

Mit Ausnahme vor allem des öffentlichen Dienstes traten für fast alle anderen Beschäftigten mit Neuabschlüssen die Tarifierhebungen mit zeitlicher Verzögerung in Kraft. Rund 80 % der betroffenen Beschäftigten erhielten für diese *Nullmonate* Pauschalzahlungen von durchschnittlich 35 € pro Verzögerungsmonat. Die *Laufzeit* der neu abgeschlossenen Tarifverträge beträgt im Durchschnitt 25,0 Monate, der Trend zu länger laufenden Lohn- und Gehaltstarifverträgen setzt sich damit fort. Eine Ausnahme bildet die chemische Industrie mit einer Laufzeit der Entgelttarifverträge von lediglich elf Monaten. Umgekehrt betrug die Laufzeit etwa im Kfz-Gewerbe regional bis zu 28 Monaten. Im Bereich Leiharbeit haben die neuen Abkommen sogar eine Laufzeit von fast fünf Jahren.

In Relation zu anderen gesamtwirtschaftlichen Größen ist die *jahresbezogene Steigerung* der Tarifverdienste heranzuziehen. Diese Größe bringt – anders als die Abschlussrate – die Steigerung des durchschnittlichen tariflichen Monatsentgelts des laufenden Jahres gegenüber dem Vorjahr zum Ausdruck. Einbezogen werden bei dieser Größe auch die Pauschalzahlungen z. B. für verzögert in Kraft getretene Neuabschlüsse und zusätzliche Einmalzahlungen. Auf der Basis der vorliegenden *diesjährigen* Abschlüsse

(Stichtag 20.6.2010) beträgt die kalenderjährige Erhöhung der Tarifverdienste für 2010 durchschnittlich 1,2%. Für jene Wirtschaftszweige und Tarifbereiche, für die bereits im vergangenen Jahr oder früher Tarifierhebungen für das gesamte Jahr 2010 vereinbart wurden, errechnet sich eine jahresbezogene Steigerung von 2,3%.

Insgesamt ergibt sich für 14,1 Mio. erfasste Beschäftigte eine *durchschnittliche Tarifsteigerung* für das Jahr 2010 von 1,7% (Tabelle 1). Dieses positive Ergebnis für 2010 wird also maßgeblich von den Abschlüssen aus den Vorjahren beeinflusst, die für immerhin 7,0 Mio. Beschäftigte gelten, während die Neuabschlüsse in diesem Jahr bislang 7,1 Mio. Beschäftigte betreffen.

Die *kalenderjährige Tarifsteigerung* von voraussichtlich 1,7% für dieses Jahr liegt deutlich unter der Höhe des Vorjahres (2009: 2,6%). Angesichts der geschätzten Preissteigerungsrate von jahresdurchschnittlich nur rund 1% wird mit dieser Tarifierhöhung gesamtwirtschaftlich in diesem Jahr eine tarifliche Reallohnsteigerung von rund 0,7% erreicht.

Zwischen den einzelnen Wirtschaftsbereichen ergeben sich deutliche Unterschiede. Die Spannweite variiert zwischen 0,9% im Investitionsgütergewerbe und im Bereich Gebietskörperschaften, Sozialversicherung im unteren Bereich sowie 2,5% im Baugewerbe, im Handel sowie im Bereich Private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck. Dazwischen liegen u. a. das Verbrauchsgütergewerbe mit 1,5%, der Bereich Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe mit 1,7% und das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe mit 2,2% (Tabelle 1).

Ein Blick auf das *Tarifniveau Ost/West*, d. h. das Verhältnis der tariflichen Grundvergütungen in den neuen im Vergleich zu den alten Ländern, ergibt am Beispiel ausgewählter Tarifbereiche folgendes Bild: Im Durchschnitt von rund 40 ausgewählten Tarifbereichen mit rund 1,76 Mio. Beschäftigten errechnet sich ein Tarifniveau Ost/West von 96,2%, das heißt, es gab einen minimalen Anstieg gegenüber dem Jahresende 2009.

3 Ausgewählte Tarifrunden

Forderungen, Ablauf und Ergebnisse der einzelnen Tarifrunden weisen deutliche

Tabelle 1: Tarifsteigerung 2010¹ – in % –

Wirtschaftsbereich	West	Ost	Gesamt
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	2,2	–	2,2
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	2,3	2,1	2,3
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	2,1	3,4	2,2
Investitionsgütergewerbe	1,0	0,8	0,9
Verbrauchsgütergewerbe	1,5	1,6	1,5
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	2,3	3,9	2,4
Baugewerbe	2,4	2,7	2,5
Handel	2,5	2,4	2,5
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	2,3	2,6	2,3
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	1,7	1,7	1,7
Private Dienstleistungen, Org. o. Erwerbszweck	2,4	3,2	2,5
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	0,8	1,0	0,9
Gesamte Wirtschaft	1,7	2,0	1,7

¹ Jahresbezogene Erhöhung 2010 gegenüber 2009.
Quelle: WSI-Tarifarchiv 2010, Stand: 20.06.2010.

WSI MITTEILUNGEN

Unterschiede auf. Von Bedeutung sind insbesondere die spezifischen Branchenstrukturen und die jeweiligen tarifpolitischen Rahmenbedingungen, die das konkrete Tarifgeschehen prägen. Im Folgenden werden in knapper Form drei Tarifrunden in größeren Branchen bzw. Tarifbereichen in der Reihenfolge dargestellt, die der zeitlichen Abfolge der Verhandlungen entspricht.

3.1 METALL- UND ELEKTROINDUSTRIE

Die Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie zeichnete sich durch mehrere Besonderheiten aus: Die übliche Forderungsdiskussion in den Betrieben und Tarifkommissionen fand diesmal nicht statt. Erstmals verzichtete die IG Metall auch auf eine konkrete, bezifferte Lohnforderung. Stattdessen konzentrierte sich die Gewerkschaft auf ihr Hauptziel: die Beschäftigungssicherung. In intensiven Sondierungsgesprächen lotete sie deren Möglichkeiten aus. Bereits weit vor dem Kündigungstermin und nach nur zwei Verhandlungsrunden einigten sich die Tarifparteien auf ein neues Tarifabkommen.

UMSETZUNG DES TARIFABSCHLUSSES 2008/2009

Der Tarifabschluss in der Metall- und Elektroindustrie vom November 2008 lief nach 18 Monaten Ende April 2010 aus. Doch bereits im Herbst 2009 setzte bei den Tarifvertragsparteien eine Diskussion ein, mit welchen (auch tarifpolitischen) Mitteln der tief greifenden wirtschaftlichen Krise und den daraus resultierenden

Beschäftigungsrisiken begegnet werden könnte. Die IG Metall hatte ihre betriebspolitischen Aktivitäten auf ein „Moratorium in Sachen Entlassungen“ (Schwitzer 2009) konzentriert. Insbesondere durch eine intensive Nutzung des Elements der Kurzarbeit sollten betriebsbedingte Entlassungen vermieden werden. Tatsächlich weist die hohe Kurzarbeiterzahl darauf hin, dass diese Strategie zumindest teilweise erfolgreich war: Die durchschnittlich rund 742.000 Kurzarbeiter in der Metallindustrie im Jahr 2009 entsprechen immerhin 230.200 Vollzeitstellen (direkt 1/2010). Zugleich wurden allerdings rund 122.000 Arbeitsplätze abgebaut.

Allerdings kam es trotz Kurzarbeit und Abbau von Arbeitszeitkonten zu Beschäftigungsverlusten. Die Beschäftigtenbefragung des WSI-Projekts LohnSpiegel ergab, dass in 67% der Metallbetriebe Arbeitsplätze abgebaut wurden: zum einen durch Kündigung von Leiharbeitsbeschäftigten (in 71% der krisenbetroffenen Betriebe), zum anderen durch das Auslaufen befristeter Beschäftigungsverhältnisse (in 63% der Betriebe). In gut einem Drittel der Krisenbetriebe gab es auch Kündigungen des Stammpersonals (WSI-Report 02/2010).

Angesichts der Krisenfolgen rückten im Frühjahr 2009 die lohnbezogenen Flexi-Regelungen des Metall-Abschlusses von 2008 in den Blickpunkt. Im November 2008 hatten die Tarifparteien einen Abschluss mit einer Laufzeit von 18 Monaten vereinbart. Er sah neben einer Pauschalzahlung für die ersten drei Monate eine zweimalige Tarifierhebung um jeweils 2,1% vor sowie eine zusätzliche Einmalzahlung von 122 € im September 2009. Auf

Basis einer freiwilligen Betriebsvereinbarung war eine Verschiebung der zweiten Stufe der Tarifierhebung um 2,1 % zum 1. Mai 2009 von bis zu sieben Monaten möglich. Nach Erhebungen der IG Metall zahlten rund 75 % der Betriebe vereinbarungsgemäß im Mai, jeder vierte Betrieb machte von den Verschiebungsmöglichkeiten Gebrauch. In etwa der Hälfte der Fälle geschah dies im Rahmen von Gesamtpaketen, die unter anderem eine Beschäftigungssicherung beinhalteten (IG Metall Pressemeldung 46/2009 vom 9.6.2009).

Ein Vorstoß von *Dieter Hundt*, Präsident des Bundesverbandes der deutschen Arbeitgeber (BDA), in dem er Lohnkürzungen aus betriebswirtschaftlichen Gründen für gerechtfertigt erklärte, stieß auf scharfen Widerspruch nicht nur bei Gewerkschaften und einigen Ökonomen. Auch Gesamtmetall-Präsident *Kannegißer* erklärte, Lohnkürzungen, womöglich flächendeckend in der gesamten Metall- und Elektroindustrie, seien „absolut kein Thema“. Es gehe auch nicht darum, flächendeckend für die gesamte Branche Standards zu ändern. Die Tarifverträge sähen Öffnungsklauseln vor, die einzelnen Unternehmen Abweichungen von Tarifstandards erlaubten (Frankfurter Rundschau vom 10.08.2009).

Die IG Metall lehnte Lohnkürzungen ebenfalls ab, machte aber deutlich, dass sie für die Tarifrunde 2010 die Themen Arbeitsplatzsicherung und die Übernahme von Auszubildenden als vorrangig ansah. Der IG Metall-Vorsitzende *Huber* äußerte bereits im Oktober 2009 in einem Interview die Auffassung, „eine Krise ist für die Gewerkschaften nie der Fanfarenstoß für Erfolge an der Entgeltfront“, und weiter: „alles in allem ist die Luft wirklich dünn“. Mit der traditionellen Lohnformel der Gewerkschaften, die auf Preis- und Produktivitätssteigerung abstellt, „werden wir nicht weiterkommen“ (Stuttgarter Zeitung vom 26.10.2009). Zu diesem Zeitpunkt hatte eine Debatte über mögliche Schwerpunkte der Lohnrunde 2010 noch gar nicht begonnen. In der Öffentlichkeit wurden diese Äußerungen als Hinweis verstanden, dass die IG Metall eine moderate Lohnrunde anpeile. Von „handzahmen Metallern“ schrieb die Süddeutsche Zeitung, „IG Metall sagt Bescheidenheit bei Löhnen zu“ titelte die Financial Times Deutschland und die Welt formulierte „IG Metall will kuscheln statt kämpfen“.

SONDIERUNGSGESPRÄCHE UND VORZEITIGE TARIFVERHANDLUNGEN

Im November 2009 ergriffen die Metall-Tarifparteien eine gemeinsame Initiative zur Verlängerung der gesetzlichen Sonderregelungen zur Kurzarbeit. So sollte die Möglichkeit von bis zu 24-monatiger Kurzarbeit über 2009 hinaus verlängert werden. Zugleich wurde vereinbart, in den regionalen Tarifbezirken weitere Möglichkeiten tariflicher Arbeitsplatzsicherung zu erörtern. Ab Ende November 2009 wurden Sondierungsgespräche geführt mit dem Ziel, Beschäftigung und die Übernahme Ausgebildeter über die Krise hinweg zu sichern. Nach einer Bewertung der regionalen Sondierungsstände beschloss der IG Metall-Vorstand am 9.2.2010, die Tarifverhandlungen 2010 vorzuziehen. Hierzu wurden in den Tarifbezirken Nordrhein-Westfalen (10. Februar) und Baden-Württemberg (11. Februar) erste Verhandlungen über ein Jobpaket und Entgelterhöhungen aufgenommen. Die IG Metall ging erstmals ohne konkrete Bezifferung der Entgeltforderung in die Verhandlungen. Sie machte jedoch deutlich, dass es keine Nullrunde geben könne, sondern dass die Entgelterhöhungen mindestens die Realeinkommen sichern müssten. Beide Termine endeten ohne ein Ergebnis.

In Nordrhein-Westfalen wurden die Verhandlungen am 17. Februar fortgesetzt, in Baden-Württemberg einen Tag später. In der zweiten Verhandlungsrunde am 17. und 18. Februar haben sich die Tarifvertragsparteien der Metall- und Elektroindustrie in Nordrhein-Westfalen auf ein Paket zur Beschäftigungssicherung und Entgelterhöhung verständigt. Dies beinhaltet folgende Elemente:

ENTGELT

- Für den Zeitraum von Mai 2010 bis März 2011 wird eine Pauschale von insgesamt 320 € (Auszubildende 120 €) gezahlt.
- Die Tarifvergütungen werden ab April 2011 um 2,7 % erhöht.
- Die Laufzeit des Tarifvertrags beträgt 23 Monate und reicht bis zum 31. März 2012.

Der Entgeltabschluss enthält – ähnlich wie der Abschluss von 2008 – eine Flexi-Komponente: In Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Situation des Betriebes kann die Tarifierhöhung um zwei Monate vorgezogen bzw. um zwei Monate nach hinten verschoben werden.

Der noch offene Teilbetrag der Arbeitnehmer zur Finanzierung der Altersteilzeit in Höhe von 0,4 % aus dem Tarifabschluss 2008 gilt für die Laufzeit des Tarifvertrages als erbracht.

TARIFVERTRAG „ZUKUNFT IN ARBEIT“ (ZiA)

Der neue Tarifvertrag „Zukunft in Arbeit“ soll in Betrieben zur Anwendung kommen, die seit mindestens zwölf Monaten kurzarbeiten. Er ermöglicht eine Art zusätzlicher tariflicher Kurzarbeit sowie eine anschließende Arbeitszeitabsenkung und endet ohne Nachwirkung am 30.6.2012.

(1) In einer ersten Phase von mindestens sechs Monaten wird das Urlaubs- und das Weihnachtsgeld gezwölfelt und der monatlichen Vergütung hinzugerechnet. Auf diese Weise erhöht sich zum einen das Kurzarbeitergeld. Zum andern vermindern sich für den Arbeitgeber die Kosten, denn er muss Urlaubs- und Weihnachtsgeld nur noch anteilig für die geleistete Arbeitszeit zahlen. Die sogenannten Restanzenkosten der Kurzarbeit werden also gesenkt.

(2) Im Anschluss an diese erste Phase kann für weitere zwölf Monate die Arbeitszeit von 35 auf bis zu 28 Std./Woche (mit Zustimmung der Tarifparteien bis 26 Std./Woche) abgesenkt werden.

(3) Dabei erhalten die Beschäftigten bei einer Verkürzung auf 31/30/29/28/27/26 Stunden/Woche einen Zuschlag in Höhe von 50/75/100/150/175/200 % eines Stundenentgeltes pro Woche.

(4) Unter bestimmten Voraussetzungen kann die Arbeitszeit auch ohne vorherige tarifliche Kurzarbeit abgesenkt werden.

(5) Voraussetzung für den Tarifvertrag ZiA war, dass die gesetzlichen Regelungen zur Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge für die Ausfallstunden bei Kurzarbeit mindestens bis 2011 verlängert wurden. Andernfalls sollten Verhandlungen zur Anpassung der Bestimmungen aufgenommen werden. Auch Teilentgeltzahlungen bei abgesenkter Arbeitszeit sollten nach den Vorstellungen der Tarifparteien von der Beitragspflicht in der Sozialversicherung freigestellt werden.

ÜBERNAHME AUSGEBILDETER

Die tariflichen Bestimmungen zur Übernahme Ausgebildeter (u. a. Übernahme im Grundsatz für mindestens zwölf Monate) wurden verlängert. Werden Ausgebildete nicht übernommen, soll geprüft werden, ob

- ein Arbeitsverhältnis in Teilzeit (mind. 28 Std./Woche) angeboten werden kann,
- die Übernahme in einen anderen Betrieb möglich ist,
- eine Übernahme für mindestens sechs Monate im Rahmen von Kurzarbeit oder Arbeitszeitabsenkung möglich ist.

ZUSATZVEREINBARUNG „AUSBILDUNG UND BESCHÄFTIGUNG NRW“

Die Tarifparteien in Nordrhein-Westfalen vereinbarten konkrete Aufträge, die von einer gemeinsamen Arbeitsgruppe bis spätestens zum 30.6.2010 zu erfüllen sind, zu folgenden Themen:

- Qualifizierungswoche für Auszubildende;
- Förderung der Ausbildungsfähigkeit;
- Erarbeitung eines Tarifvertrages „Zukunft in Bildung“ u. a. mit einem Bildungsteilzeitmodell für Auszubildende;
- Ausbau des Projekts „Beschäftigungsstart NRW“ sowie stärkere Nutzung von Transfergesellschaften durch Klein- und Mittelunternehmen (KMU).

Der Pilotabschluss wurde im Zeitraum bis 4. März mit regionalen Abweichungen in allen anderen Tarifgebieten übernommen. Gesamtmetall-Präsident *Kannegiesser* bewertete den Abschluss als „eindrucksvolles Zeichen gemeinsamen Krisenmanagements“ (vgl. auch Gesamtmetall 2010), IG Metall-Vorsitzender *Huber* sprach von einer „fairen Lastenteilung“. Das Abkommen fand nicht nur bei den Metall-Tarifparteien positive Resonanz. BDA-Präsident *Hundt* attestierte den Tarifparteien „Realitätssinn und Verantwortung“, der Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) sprach von einer „moderaten Entgelterhöhung“, die Bundesarbeitsministerin *von der Leyen* nannte den Abschluss „ausgesprochen angemessen“ und signalisierte ihre Bereitschaft, die Kurzarbeitsregelungen zu verlängern. In der Presse wurde der Rückgriff auf staatliche Leistungen im Zusammenhang mit der Kurzarbeit allerdings auch kritisch kommentiert.

Bei den anderen Gewerkschaften gab es zurückhaltende Töne. So bestritt die IG BCE den Vorbildcharakter des Metallabschlusses: „Bei der Geldfrage müssen die Arbeitgeber zur Kenntnis nehmen, dass wir eine andere Branchensituation haben“, so Tarifvorstand *Hausmann*. Bei der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) sprach man von einem Sonderfall, der nicht übertragbar sei.

3.2 ÖFFENTLICHER DIENST – BUND UND GEMEINDEN

AUSGANGSSITUATION UND FORDERUNG

Im öffentlichen Dienst finden die Tarifrunden für die Länder einerseits bzw. Bund und Gemeinden andererseits seit einigen Jahren immer im Wechsel statt – als Folge der getrennten Abschlüsse der Tarifverträge für den öffentlichen Dienst (TVöD) für Bund und Gemeinden im Jahr 2005 und des Tarifvertrags für die Länder (TVL) im Jahr 2006 und ihrer jeweiligen Laufzeiten. Im vergangenen Jahr hatte es einen Abschluss für die Länder mit einer Laufzeit bis Ende 2010 gegeben. Ende 2009 lief der Abschluss für Bund und Gemeinden aus, den die Tarifparteien im März 2008 vereinbart hatten. Dieser Wechsel führte gelegentlich dazu, dass der jeweils letzte Abschluss eine gewisse Rolle in der Vordiskussion der anstehenden Tarifrunde spielte. Der Länderabschluss sah u. a. eine Tarifierhebung von 1,2 % im März 2010 vor – eine bescheidene Größenordnung, die den öffentlichen Arbeitgebern durchaus zupass kam.

Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes² hatten jedoch ganz andere Vorstellungen hinsichtlich des Umfangs und der Struktur ihrer Tarifforderungen. Anfang Oktober 2009 führte die Bundestarifkommission von ver.di eine erste Forderungsdiskussion. Dabei wurde deutlich, dass neben einer reinen Entgeltforderung auch strukturelle Verbesserungen Gegenstand der Tarifrunde 2010 sein sollten. In den ver.di-Bezirken wurden unterschiedliche Akzente gesetzt. Es wurden Tarifierhöhungen zwischen 3 % und 7 % sowie Mindest-, Sockel- oder Festbeträge zwischen 100 und 200 € gefordert. Hinzu kamen qualitative Forderungen: In Baden-Württemberg wurde zusätzlich eine Arbeitszeitverkürzung in Form von zusätzlichen fünf freien Tagen gefordert. Am 15.12.2009 beschloss die Bundestarifkommission von

ver.di ein *Forderungspaket mit einem Gesamtvolumen von 5 %*, bestehend aus einer spürbaren Gehalterhöhung (mit einer sozialen Komponente) und verschiedenen qualitativen Tarifverbesserungen:

- Wiedereinführung von Bewährungsaufstiegen und Vergütungsgruppenzulagen bis zum Abschluss der immer noch ausstehenden Entgeltordnung zum TVöD;
- Verlängerung des Altersteilzeittarifvertrages;
- verbindliche Übernahmeregeln für Auszubildende für mindestens 24 Monate;
- keine Ausweitung der Leistungsvergütung;
- Zusatzforderungen für die Bereiche Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, Versorgungsbetriebe, Nahverkehrsbetriebe;
- Laufzeit von zwölf Monaten;
- zeit- und inhaltsgleiche Übertragung der Ergebnisse auf die Beamtinnen und Beamten.

Außerdem hielt die Bundestarifkommission tarifliche Differenzierungsklauseln zugunsten gewerkschaftlich organisierter Beschäftigter „für geeignet“.

Ein wichtiges Argument von ver.di zur Begründung der (Gehalts-)Forderung war der Rückstand der Einkommensentwicklung des öffentlichen Dienstes im Vergleich zur durchschnittlichen Entwicklung aller anderen Branchen. Spürbare Lohnerhöhungen seien gerade angesichts der schwachen Binnennachfrage nötig, um die beginnende wirtschaftliche Erholung zu stabilisieren. „Sozial ist, was Kaufkraft schafft“, formulierte der ver.di-Vorsitzende *Bsirski*.

Die öffentlichen Arbeitgeber lehnten die Forderung ab. Der Präsident der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA), *Böhle*, verwies auf die extreme Belastung der kommunalen Haushalte durch die Wirtschafts- und Finanzkrise. Die Tarifforderungen ließen jedes „Augenmaß“ vermissen. Die kommunalen Arbeitgeber sahen einen Ausbau der leistungsorientierten Bezahlung als vorrangiges Ziel der Tarifrunde an (VKA-Presseinformation vom 15. Dezember 2009).

² Neben ver.di sind aus dem Kreis der DGB-Gewerkschaften die GEW, die GdP und die IG BAU vertreten. Hinzu kommt die dbb Tariffunion aus dem Deutschen Beamtenbund, die seit einigen Jahren gemeinsam mit den DGB-Gewerkschaften verhandelt.

VERHANDLUNGEN UND ARBEITGEBER-POSITIONIERUNG

Am 13.1.2010 fand die erste Verhandlungsrunde statt; sie brachte erwartungsgemäß keine Annäherung. Die Arbeitgeber machten deutlich, dass aus ihrer Sicht für lineare Zuwächse kein Geld verfügbar und ein Abschluss ohne Erhöhung des „Leistungstopfes“ nicht denkbar sei. Auch in der zweiten Verhandlungsrunde am 31.1. und 1.2.2010 legten die Arbeitgeber kein Angebot vor.

Die Gewerkschaften riefen angesichts dieser „Verweigerungshaltung“ zu Warnstreiks ab dem 3.2.2010 auf, an denen nach Gewerkschafts-Angaben rund 115.000 Beschäftigte in allen Bundesländern teilnahmen. Die dritte Verhandlungsrunde am 10. und 11.2. brachte dann eine erste „Positionierung“ der Arbeitgeber, wonach ein Abschluss folgende Bestandteile haben sollte:

- Laufzeit: zwei Jahre;
- Gesamtvolumen 1,5 %, darin enthalten: Aufstockung des Leistungsentgelts um einen Prozentpunkt;
- Einmalzahlungen;
- strukturelle Verbesserungen.

Aus Sicht der Gewerkschaften war diese Position „in Größenordnung und Struktur völlig unzureichend“. Für ver.di wäre ein Gesamtvolumen von 3,5 % für zwölf Monate mit einer Entgelterhöhung von 2,5 % bis 2,8 % und rund 1 % für strukturelle Fragen eine Basis für eine Einigung gewesen. Die Gewerkschaften erklärten daher das Scheitern der Verhandlungen. Beide Seiten riefen dann die Schlichtung an.

SCHLICHTUNG UND ERGEBNIS

Das Schlichtungsverfahren verlief nach der Schlichtungsvereinbarung aus dem Jahr 2002. Vorsitzende waren der von den Arbeitgebern bestellte ehemalige sächsische Ministerpräsident *Georg Milbradt* (CDU) und der von Gewerkschaftsseite benannte (und in dieser Schlichtung stimmberechtigte) ehemalige Oberbürgermeister von Hannover *Herbert Schmalstieg* (SPD). Von Seiten der Tarifparteien waren jeweils zwölf Mitglieder benannt. Die Schlichtung fand vom 21. bis 25.2.2010 statt. Die beiden Schlichter legten am Ende einen gemeinsamen Schlichtungsspruch vor, der folgende Punkte beinhaltete:

(1) *Entgelt:*

- Tarifierhebung um 1,2 % ab 01.01.10, 0,6 % Stufenerhöhung ab 01.01.11, 0,5 % Stufenerhöhung ab 01.08.11,
- 240 € (Auszubildende 50 €) zusätzliche Einmalzahlung im Januar 2011,
- Laufzeit bis 29.02.12,
- Erhöhung des Leistungsentgelts für die Gemeinden in vier Schritten um jeweils 0,25 % von 2010 bis 2013 auf dann insgesamt 2,0 %,
- Ausgleich für Bewährungsaufstiege als Pauschale von 250 € für 2010 für ab dem 01.10.05 eingestellte Beschäftigte in Entgeltgruppen 2–8 oder übergeleitete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (nicht für Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsdienst),
- Erhöhung der Garantiebeträge von 30/60 auf 50/80 € in Entgeltgruppen 1–8/9–15 bei Höhergruppierung.

(2) *Altersteilzeit:*

- Für 2,5 % der Beschäftigten Rechtsanspruch auf Altersteilzeit ab 60. Lebensjahr, Aufstockungsbetrag von 20 %, Laufzeit bis 31.12.2016,
- Möglichkeit für ältere Beschäftigte zum gleitenden Übergang in den Ruhestand bei gleichzeitig längerer Teilhabe am Berufsleben.

(3) *Auszubildende:*

- Bei dienstlichem/betrieblichem Bedarf befristete Übernahme für zwölf Monate von Ausgebildeten, die ihre Abschlussprüfung mindestens mit der Note „befriedigend“ bestanden haben,
- bei anderen Ausgebildeten Daraufhinwirken der TV-Parteien zur befristeten Übernahme von zwölf Monaten.

(4) *Entgeltordnung und Tarifpflege:*

- Abschluss einer Prozessvereinbarung zur Erarbeitung einer neuen Entgeltordnung,
- Verabredung der Tarifparteien zu regelmäßigen Termingesprächen (mindestens einmal jährlich).

Die Schlichtungskommission stimmte dem Spruch mit Stimmen der Gewerkschaften und Arbeitgeber zu. In der Bundestarifkommission von ver.di gab es *kritische Stimmen* u. a. zur Ausweitung der Leistungsvergütung, zu den (konditionierten) Übernahmeregelungen für Ausgebildete, zur materiellen Ausgestaltung der Altersteilzeit sowie zur Prozessvereinbarung. Am 27.2. fanden die Tarifverhandlungen zu diesem Schlichtungsspruch statt, die zu kleineren Änderungen

fürten und noch am selben Tag erfolgreich abgeschlossen wurden. Dieses Ergebnis wurde von der Bundestarifkommission mit großer Mehrheit bei 24 Gegenstimmen zur Annahme empfohlen. Wie bereits in den vergangenen Jahren führten die Gewerkschaften eine Mitgliederbefragung durch. Bei ver.di sprachen sich bundesweit 75,4 % der teilnehmenden Mitglieder für eine Annahme der Tarifeinigung aus. Bei der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft stimmten sogar 82,8 % der befragten Mitglieder für den Abschluss.

Nach Darstellung von ver.di belieben sich die mit dem Tarifabschluss erzielten Verbesserungen auf ein Volumen von 3,5 %. In der grundsätzlich positiven Bewertung des Abschlusses räumten die Gewerkschaften aber auch ein, dass sie „einige Kröten schlucken“ mussten (Tarifbewegung extra 04/10). Was den Entgeltbereich betrifft, hob ver.di hervor, dass für 2010 und 2011 die erwartete Preissteigerung ausgeglichen werde, allerdings habe ver.di sich mit der sozialen Komponente nicht durchsetzen können. Die Steigerung beim Leistungsentgelt sei ein saurer Apfel, hier sei lediglich das Schlimmste verhindert worden. Die Regelung zur Übernahme der Ausgebildeten sei ein erster Schritt, der nicht zufriedenstellend sei.

Aus Sicht von Bundesinnenminister *de Maizière* handelte es sich um einen „verantwortbaren Gesamtkompromiss“, er kündigte eine zeitgleiche Übertragung des Ergebnisses auf die Beamten des Bundes an. Nach Auffassung der kommunalen Arbeitgeber war der Abschluss „gerade noch tragbar“ (VKA Presseinformation vom 27.9.2010). Als positiv hoben sie neben der Vereinbarung zur Leistungsvergütung die lange Laufzeit von 26 Monaten hervor, die den Kommunen Planungssicherheit gebe.

3.3 CHEMISCHE INDUSTRIE

Die Tarifrunde in der chemischen Industrie folgte in weiten Teilen dem Muster der vergangenen Jahre und wurde zugleich von der vorlaufenden Metalltarifrunde beeinflusst: Die IG BCE verzichtete auf laute Töne im Vorfeld ebenso wie auf konkrete Festlegungen, was die Entgeltforderung betraf, was jedoch anders als in der Metallindustrie keine Besonderheit darstellt. Auch ihr ging es maßgeblich um Beschäftigungssicherung, allerdings betonte sie bereits sehr früh, dass die Entgeltfrage aus ihrer Sicht ebenfalls eine wichtige Rolle spiele.

In der chemischen Industrie begann die eigentliche Tarifrunde erst, als die Abschlüsse für die Metallindustrie und den öffentlichen Dienst bereits vorlagen. Trotzdem setzte auch in dieser Branche die innergewerkschaftliche Diskussion relativ früh ein. Am 23.11.2009 veröffentlichte der Hauptvorstand der IG BCE seine Forderungsempfehlung, die er unter das Motto „Chancen für Beschäftigung nutzen“ stellte. Damit setzte auch die IG BCE den Akzent auf Beschäftigungssicherung. Betriebsbedingte Kündigungen habe man weitgehend ausschließen können, dieser Weg sollte auch in der Tarifrunde 2010 fortgesetzt werden. Durch die Weiterentwicklung des Tarifvertrages „Zukunft durch Ausbildung“ sollten zudem die Berufsperspektiven für junge Menschen verbessert werden. Und schließlich empfahl der Vorstand die Forderung nach einer „angemessenen Einkommenserhöhung“. Die Beschäftigten hätten durch Kurzarbeit und Nutzung von Öffnungsklauseln³ einen hohen Beitrag zur Bewältigung der Krise geleistet. Angesichts der wieder anziehenden Inflation sei eine Nullrunde nicht akzeptabel. Eine Steigerung der Kaufkraft der Arbeitnehmer sei auch volkswirtschaftlich sinnvoll. Für 2010 zeichne sich eine bessere, wenn auch nicht dynamische, weltweite Chemiekonjunktur ab, von der die deutschen Chemieunternehmen profitieren dürften. Der Bundesarbeitgeberverband Chemie (BAVC) wies die Entgeltforderungen zurück. In der nach wie vor schwierigen konjunkturellen Lage schade jede zusätzliche Kostenbelastung der notwendigen Erholung. Angesichts der stark gestiegenen Lohnstückkosten gebe es keinerlei Spielraum für Entgeltsteigerungen (BAVC-Pressemitteilung vom 23.11.2009). Die endgültige Tarifforderung der IG BCE orientierte sich an der Forderungsempfehlung, die Laufzeit des neuen Vertrages sollte maximal zwölf Monate betragen. Die Verträge liefen regional unterschiedlich Ende März, April und Mai aus.

Im Vorfeld der *Verhandlungen* betonte IG BCE-Vorstandsmitglied *Hausmann*, dass man nicht den Weg der Metallindustrie gehen wolle, das Bild in der chemischen Industrie sei „bunter“ als in der Metallindustrie, wo die Lage „eher grau in schwarz“ sei. Für Betriebe, denen es sehr gut gehe, wolle man einen Extra-Zuschlag durchsetzen. Wie bereits in den vergangenen Jahren fand die erste Verhandlungsrunde auf regionaler Ebene statt. Sie begann am 16.3.2010 für Rheinland-Pfalz und

Saarland, gefolgt von Terminen am 17.3. (Hessen), 18.3. (Nordrhein), 19.3. (Baden-Württemberg), 22.3. (Bayern), 23.3. (Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen), 25.3. (Westfalen) und 26.3. (Berlin und Bundesgebiet Ost). Bereits in der anschließenden ersten zentral geführten Verhandlungsrunde am 20./21.3. einigten sich die Tarifparteien auf einen Abschluss. Er umfasst folgende Elemente:

(1) *Entgelt:*

- Einmalzahlungen von insgesamt 550/611/715 € für Beschäftigte in normal-/teil-/vollkontinuierlicher Schicht, zahlbar bis 30.06.10,
- aus wirtschaftlichen Gründen ist ein Kürzen oder Verschieben der Zahlung möglich,
- die Entgelt-Tarifverträge werden, regional unterschiedlich, ab 01.04, 01.05. und 01.06.10 für jeweils elf Monate wieder in Kraft gesetzt,
- zusätzliche Einmalzahlung von bis zu 260 € für Beschäftigte in Betrieben, die nicht wesentlich von der Finanz-/Wirtschaftskrise 2008/2009 betroffen waren oder sind.

(2) *Ausbildung:*

Der Tarifvertrag „Zukunft durch Ausbildung“ wurde fortgeschrieben. Er enthält u. a. die Verpflichtung der Arbeitgeber, jeweils 9.000 Ausbildungsplätze im Durchschnitt der Ausbildungsjahre 2011, 2012 und 2013 anzubieten. Die Laufzeit des Vertrages endet am 31. Dezember 2013.

Zur Förderung der Übernahme nach der Ausbildung vereinbarten die Tarifparteien einen ab Mai 2010 gültigen Vertrag „Brücke in Beschäftigung“. Betriebe, die trotz wirtschaftlich schwieriger Lage Ausgebildete übernehmen, können mit monatlichen Zuschüssen zum Entgelt von bis zu 1.000 € je Übernahme für maximal ein Jahr unterstützt werden. Dazu leisten alle Betriebe der chemischen Industrie Zahlungen von insgesamt ca. 25 Mio. € in einen im Unterstützungsverein der chemischen Industrie (UCI) angesiedelten Fonds. Gefördert werden sollen nach Angaben der IG BCE nur Ausgelernte, die Mitglieder der Gewerkschaft sind.⁴

(3) *Beschäftigungssicherung:*

Arbeitgeber und Gewerkschaften einigten sich außerdem auf einen Maßnahmenkatalog zur Beschäftigungssicherung, mit dem betriebsbedingte Kündigun-

gen soweit wie möglich vermieden werden sollen. Dazu gehören alle arbeitsmarktpolitischen und tarifvertraglichen Möglichkeiten wie u. a. Kurzarbeit, die Nutzung des Arbeitszeit- und Entgeltkorridors, Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen. Außerdem kann der vorübergehende Einsatz in anderen Chemie-Betrieben (Personalaustausch) genutzt werden. Dazu werden die Tarifparteien eine Rahmenregelung zur Verfügung stellen, die regional vereinbart werden kann. Als weitere Möglichkeit wurde die Einrichtung regionaler Netzwerke vereinbart u. a. zur Erfassung der Beschäftigungssituation und zur Entwicklung von Qualifizierungs- und Vermittlungsangeboten. Dabei soll auf die Institution und Erfahrung der regionalen runden Tische für Ausbildungs- und Arbeitsmarktfragen zurückgegriffen werden.

Die IG BCE wertete den Abschluss als „Brückenschlag von der Krise in den Aufschwung“, der den unterschiedlichen Bedingungen der Branche gerecht werde. Die kurze Laufzeit ermögliche eine schnelle Reaktion, wenn die Konjunktur weiter und in Breite anzieht. Die Chemie-Sozialpartner seien ihrer Verantwortung gerecht geworden. Der BAVC sprach von einem „Krisen-Bündnis-Chemie“, das gut für die Unternehmen und die Beschäftigten sei. Die „beträchtliche Höhe“ der Einmalzahlungen müsse im Zusammenhang des Gesamtabchlusses gesehen werden, „der die Unternehmen dauerhaft entlastet“ (BAVC-Presseinformation vom 21.04.2010).

4 Ausblick

Die Lohn- und Gehaltsrunde 2010 ist noch nicht abgeschlossen. Im zweiten Halbjahr stehen noch Verhandlungen in der Eisen- und Stahlindustrie, bei der Deutschen Bahn AG und in zahlreichen kleineren Industrie- und Dienstleistungsbereichen an. Die Abschlüsse dürften sich im Rahmen der bislang vorliegenden Tarifabkommen

³ Im Jahr 2009 ist die Zahl der Firmen mit Abweichungen vom Tarifstandard nach Angaben der IG BCE um 200 auf einen Rekordwert von 347 gestiegen (Handelsblatt vom 16.03.2010).

⁴ In einer Stellungnahme wies der BAVC darauf hin, dass dies im Tarifvertrag so nicht vereinbart sei.

bewegen. Diese zeichnen sich durch das große Gewicht von Pauschalzahlungen und deutlich niedrigere Tarifsteigerungen als im Vorjahr aus. Nur in Verbindung mit den Abschlüssen aus dem Vorjahr ergibt sich eine durchschnittliche Tarifanhebung, die über der laufenden, relativ niedrigen

Inflationsrate liegt. Für das kommende Jahr wurden bereits einige Tarifanhebungen vereinbart. Hier zeigt sich eine Spannweite zwischen 1,1 % (öffentlicher Dienst) und 2,7 % (Metallindustrie). Die Tarifrunde 2011 wird nach den derzeit vorliegenden Kündigungsterminen mit dem

öffentlichen Dienst beginnen, wo der Vergütungstarifvertrag für die Länder Ende dieses Jahres ausläuft. Im ersten Quartal folgen dann u. a. die Textil- und Bekleidungsindustrie, das Bauhauptgewerbe, die Druckindustrie und auch schon wieder die chemische Industrie.

LITERATUR

Bispinck, R./WSI-Tarifarchiv (2010): Tarifpolitischer Jahresbericht 2009: Tarifpolitik in der Finanzmarktkrise, in: WSI-Informationen zur Tarifpolitik, Düsseldorf

Bispinck, R./Dribbusch, H./Öz, F. (2010): Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die Beschäftigten. Ergebnisse der Online-Erhebung des Projekts LohnSpiegel, WSI-Report 02, Düsseldorf

Bundesagentur für Arbeit (BA) (Hrsg.) (2010): Der Arbeitsmarkt in Deutschland – Jahresrückblick 2009, Nürnberg

Gemeinschaftsdiagnose (2010): Erholung setzt sich fort – Risiken bleiben groß – Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2010, IMK Report 47, Düsseldorf

Gesammetall (Hrsg.) (2010): Geschäftsbericht 2009/2010, Berlin

Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) (2009): Wirtschaftspolitik belebt Konjunktur. IMK-Prognose der wirtschaftlichen Lage 2010, IMK-Report 45, Düsseldorf

Schwitzer, H. (2009): „Wir brauchen ein Moratorium in Sachen Entlassungen“, in: Frankfurter Rundschau vom 22.7.2009